ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

**Umsatzsteuerbefreiung für private Musik-, Ballett- und Tanzschulen
beibehalten**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag sieht es als erforderlich an, dass neben dem Erhalt der öffentlichen kulturellen Bildungsangebote auch das Netz privater Musik-, Ballett- und Tanzschulen in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern, in seiner Qualität zu erhalten und der flächen-deckende Versorgungsgrad zu bewahren ist.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung für diese Einrichtungen beibehalten wird.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung plant im Zuge der Änderung des Artikel 9 zu Buchstabe e, § 4 Nr. 21 Satz 4 UStG, das Umsatzsteuerrecht dergestalt zu ändern, dass zukünftig die privaten Ballett-, Tanz- oder Musikschulen mit dem vollen Mehrwertsteuersatz in Höhe von 19 % belegt werden.

Dies wäre eine zusätzliche Hürde bei der Inanspruchnahme von Angeboten kultureller Bildung, da die erhöhten Steuerbelastungen an die Schülerinnen und Schüler, bzw. deren Familien, weitergereicht würden.

Eine Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung wäre zudem eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der freien Wahl von Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Der voraussehbare Rückgang der Nutzung der Angebote privater Musik-, Ballett- und Tanzschulen bedeutet zudem eine existenzielle Gefährdung dieser Unternehmungen und ist somit auch wirtschaftsfeindlich.

Die vorgesehenen Änderungen des Jahressteuergesetzes 2013 werden am 26. September 2012 im Finanzausschuss des Bundestages behandelt. Kurz darauf im Plenum des Bundestages und im Bundesrat.

Die Landesregierung ist daher aufgefordert, sich rechtzeitig aktiv in den Prozess einzubringen und im Interesse der privaten kulturellen Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern die vorgesehene Änderung zu verhindern.

„Die bestehende Rechtslage sollte im Kulturstaat Deutschland als Zeichen der Förderung von Kunst und Kultur verstanden werden.“ (Zitat aus der Petition des Bundesrats/Petitions ID 26229)